Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 40 (2021)

Heft: 76

Artikel: Eine verlorene Covid-19-Generation? : Die Neoliberalisierung der Lehre und deren Zuspitzung während Covid-19

Autor: Racine, Joëlle / Ziltener, Kathrin

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1055509

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 22.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Joëlle Racine / Kathrin Ziltener

Eine verlorene Covid-19-Generation?

Die Neoliberalisierung der Lehre und deren Zuspitzung während Covid-19

Wie stark wird das Schweizer Berufsbildungssystem von einem neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsbild geprägt und wie wirkt sich dies auf die Arbeits- und Lebensrealität von jungen Menschen aus? Wie manifestieren sich zudem neoliberale Tendenzen in der Covid-19-Krise? Diesen Themen soll im Folgenden nachgegangen werden.

Neoliberales Fundament des Berufsbildungssystems

Bereits ein Blick ins Berufsbildungsgesetz (BBG, Art. 15d) und in die Verfassung (BV, Art. 41g) lässt erkennen, dass im Schweizer Bildungssystem neoliberale Erwägungen vor sozialen und humanistischen Bestrebungen kommen. Neoliberalismus wird im Allgemeinen mit der Wirksamkeit des Marktes definiert, wo der Staat nur die Rahmenbedingungen festlegt und selbst möglichst wenig interveniert. Im Zentrum steht, dass die Verantwortung für jegliches Handeln an das einzelne Individuum delegiert wird (Brown 2015, 17f.). Brown (ebd., 23) spricht im Zusammenhang mit dem westlichen Bildungsideal von einer neoliberalen Ökonomisierung des Individuums. Der individuelle Wert der Bildung ist somit nicht in einer idealistischen, humanistischen Möglichkeit zur Selbstverwirklichung zu finden, sondern begründet sich in erster Linie in der Anhäufung von Humankapital. Dieses soll wiederum nützlich für den Markt sein und den Individuen ermöglichen, marktkonform zu agieren – ein Gesellschaftsbild mit erheblichen Konsequenzen für junge Menschen: Der Auftrag des Berufsbildungssystems ist es, die Jugendlichen darin zu fördern, der Wirtschaft zu dienen (Berufsbildungsgesetz, BBG, Art 3a). Dabei wer-

den die Auszubildenden auf ihre wirtschaftliche Rolle reduziert, wie es auch das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI erläutert:

> «Auf dem Lehrstellenmarkt treffen sich die Angebote der Unternehmen und die Nachfrage der Jugendlichen. Der Staat hat eine Mittlerrolle: Er sorgt für optimale Rahmenbedingungen für die Unternehmen, fördert das Lehrstellenangebot und unterstützt die Jugendlichen im Berufswahlprozess.» (SBFI, 2020a)

Die neoliberale Theorie geht davon aus, dass sich der Markt durch das wundersame Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage selbst reguliert. Dieses Zusammenspiel funktioniert aber nicht, weil die verschiedenen Akteure nicht nur nach einer ökonomischen Rationalität, sondern auch aufgrund von Rollenbildern, Vorurteilen und Diskriminierungen agieren und weil die Lernenden keine der neoliberalen Doktrin folgenden rationalen Akteure sind, sondern junge Menschen mit Träumen, Wünschen und inhärenten Spannungen. Die neoliberale Perspektive negiert zudem die Diskriminierungen und die soziale Selektivität, die im Schweizer Bildungssystem bereits sehr früh auftreten und sich im Laufe des Bildungsweges verstärken. Die Wahl des Bildungsweges lässt sich anhand von Kriterien wie sozioökonomisches Niveau, Nationalität, elterliche Erziehung und Geschlecht genau vorhersagen (Becker/Schoch 2018). So wählen junge Frauen häufiger den universitären Weg als junge Männer, was aber nicht zutrifft, wenn sie aus bildungsfernen Verhältnissen kommen (Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung, SKBF 2014, 82). Auch haben junge Personen mit guten Schulnoten viel bessere Chancen, eine ihren Wünschen entsprechende Lehrstelle zu finden als Personen mit unterdurchschnittlichen Noten, obwohl Noten die tatsächliche Leistung in der Lehre nicht abschliessend voraussagen können (SKBF 2014, 137). Unternehmen tendieren dazu, diejenigen Bewerber*innen einzustellen, die den übrigen Mitarbeitenden am ähnlichsten sind. Deshalb werden junge Personen mit Migrationshintergrund und aus benachteiligten Verhältnissen beim Lehrstellenbewerbungsprozess besonders benachteiligt (Maihofer u. a. 2012). Das hat unter anderem zur Folge, dass Migrant*innen bei den zweijährigen Lehren im Vergleich zu den dreijährigen überrepräsentiert sind (econcept / Link Institut 2016, 31). Die neoliberale Rationalität blendet diese Fakten aus und schadet dadurch nicht nur dem Funktionieren des Berufsbildungssystems, sondern verhindert auch Chancengleichheit.

Individuelle Unterstützung statt Regulierung der Unternehmen

Um Diskriminierung zu bekämpfen, ziehen es die Kantone vor, den Lehrstellensuchenden individuelle Hilfestellungen anzubieten, verzichten hingegen bereitwillig auf eine Regulierung der Angebotsseite, der Unternehmen. Dies hat für die Jugendlichen in der Lehre erhebliche Konsequenzen. Da das Lehrverhältnis anhand eines privatrechtlichen Vertrags zwischen Lernenden und Unternehmen festgelegt wird, kann das Gehalt der Lernenden individuell und ohne Leitplanken für Mindestlöhne festgelegt werden. Zwar sind in gewissen Gesamtarbeitsverträgen (GAV), zum Beispiel in den GAVs Reinigung Romandie und Deutschschweiz oder im GAV für das Schweizerische Carrosseriegewerbe, die Löhne der Lernenden festgelegt, doch in der Mehrzahl der GAVs werden sie aus dem Geltungsbereich ausgeschlossen. Die Abneigung der Arbeitgeber*innen, Lernende in die GAVs aufzunehmen, zeigt sich bei sämtlichen GAV-Verhandlungen deutlich. Generell gelten für Lernende, mit Ausnahme einiger Gesundheitsschutzbestimmungen, die gleichen Arbeitsbedingungen wie für Festangestellte.

Die Kontrolle der Arbeitsbedingungen in der Lehre durch die kantonalen Behörden ist zudem unzureichend, was das systematische Aufdecken und Verhindern bestehender Missbräuche verunmöglicht. Junge Menschen befinden sich somit gegenüber ihren Arbeitgeber*innen in vielen Bereichen in einer sehr verletzlichen Position, in Bezug auf Überstunden, Nichteinhaltung von Pausen und Feiertagen, Nacht- und Sonntagsarbeit, Nichteinhaltung von Arbeitsschutznormen, Mobbing und sexuelle Belästigung (Unia 2019). Erleidet eine junge Person missbräuchliches Verhalten, wird sie zu oft nicht oder unzureichend unterstützt. Denn die zuständigen Berufsbildungsämter greifen in der Regel erst bei besonders schwerwiegenden Problemen ein, zum Beispiel wenn Lernende entlassen werden. Der regulierende Eingriff der zuständigen Behörden schützt somit das unternehmerische «Angebot» und lässt die «Nachfrage», nämlich junge, sich in Entwicklung befindende Menschen, weitgehend allein und ungeschützt.

Auf die Lehre folgt die Weiterbildung. Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation sieht die berufliche Erstausbildung als «Basis für lebenslanges Lernen» (SBFI 2020b, 11), das im Zusammenhang mit den aktuellen strukturellen Veränderungen, namentlich der Digitalisierung, zusätzlich an Bedeutung gewonnen hat. In neoliberaler Sichtweise liegt auch hier die Verantwortung für Weiterbildung, und damit für die Bewältigung struktureller Veränderungen, bei den einzelnen Individuen. Dies hat zur Folge, dass sozioökonomische Ungleichheiten vertieft und bestehende Diskriminierun-

gen verschärft werden, da Faktoren ignoriert werden, die massgeblich für die Möglichkeit zur Weiterbildung sind (die finanzielle Situation, die Familiensituation, die Beschäftigungsquote, die Unterstützung durch die Arbeitgeber*innen sowie die persönliche und psychologische Bereitschaft zur Weiterbildung).

Auch bei den durch die zunehmende Digitalisierung bedingten strukturellen Veränderungen der Arbeitsprozesse stehen die Lernenden und jungen Arbeitnehmer*innen wenig bis gar nicht im Fokus. Das Berufsbildungsgesetz erlaubt alle fünf Jahre eine Reform der Lerninhalte, insbesondere bei strukturellen Veränderungen. Diese sollen es den Unternehmen wie auch den Lernenden möglich machen, «wettbewerbsfähig» zu bleiben. Die im Detailhandel geplante Reform Verkauf 2022+ zeigt beispielhaft, was dies bedeutet. Neu sollen hier neoliberal geforderte Fertigkeiten ausgebildet werden. Die Lernenden sollen die Fähigkeiten der «Flexibilität» und «Belastbarkeit» ausbilden sowie lernen, Veranstaltungen zu organisieren und zu managen und zwischenmenschliche Beziehungen zu den Kund*innen – auch mithilfe neuer Informationstechnologien – zu pflegen. Zudem sollen sie auf lebenslanges Lernen vorbereitet werden (Bildung Detailhandel Schweiz, BDS 2017). Dies macht die Lehre komplexer und den Beruf selektiver, weshalb fraglich ist, ob es dann noch Lehrplätze für Personen mit weniger guten Abschlussnoten geben wird. Offen ist auch, ob diejenigen Lehrabgänger*innen, die ihre Lehre noch im «alten» System gemacht haben, dann individuell, das heisst auf eigene Kosten, die notwendige Qualifizierung für die digitalen Herausforderungen nachholen müssen und ob sie dies, wegen der komplexeren Anforderungen, überhaupt können.

Covid-19: ein krisenresistentes Berufsbildungssystem?

Wie geht nun die Schweiz mit der Covid-19-Krise in Bezug auf Lernende und junge Arbeitnehmer*innen um und inwiefern werden dabei neoliberale Denkmuster angewendet?

Die Jugendarbeitslosigkeit (von 15- bis 24-Jährigen) in der Schweiz ist im internationalen Vergleich während der Covid-19-Krise in der Zeit von März bis Dezember 2020 nur schwach, von 2,3 auf 3,4 Prozent, angestiegen (SECO 2020a/2020c). Besorgniserregend ist dabei, dass der Anstieg bei Jugendlichen ohne Schweizer Pass mit 5,8 Prozent (März 2020: 4,7 Prozent) viel höher ausfällt als bei Schweizer*innen mit 2,8 Prozent (März 2020: 2,3 Prozent) (Amstat 2020a/2020b). Für jugendliche Ausländer*innen gestaltet sich somit der Eintritt in den Arbeitsmarkt noch schwieriger als vor der Pandemie. Bereits

bestehende Diskriminierungen werden somit durch die Covid-19-Krise verstärkt. Dies ist deshalb bedenklich, weil Migrant*innen mit einem unsicheren Aufenthaltsstatus existenziell auf einen Ausbildungs- beziehungsweise einen Arbeitsplatz angewiesen sind, damit sie sich von der Abhängigkeit des elterlichen Aufenthaltsstatus lösen können. Denn dieser kann sich negativ auf die Aufenthaltssicherheit und folglich auf die Zukunftsaussichten der ugendlichen auswirken.[1] Die Statistik des SECO zur Jugendarbeitslosigkeit bildet zudem das Ausmass der Jugendarbeitslosigkeit nur ungenügend ab, denn Jugendliche melden sich seltener arbeitslos. Entsprechend fällt die Jugenderwerbslosigkeit, die im Rahmen der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) erhoben wird, regelmässig signifikant höher aus als die statistischen Erhebungen des SECO zur Jugendarbeitslosigkeit. Für das dritte Quartal 2020 hat die SAKE denn auch eine Jugenderwerbslosenquote erhoben, die mit 11,6 Prozent (2019 10,9 Prozent), mehr als doppelt so hoch ist wie diejenige der Gesamtbevölkerung. Sie betrifft rund jede zehnte jugendliche Person (SAKE 2020). Ein Anstieg der Jugendarbeitslosenquote ist ein klarer Indikator dafür, dass der Einstieg in den Arbeitsmarkt für Berufseinsteiger*innen erschwert ist. Eine Folge davon ist, dass Jugendliche vermehrt eine Stelle antreten (müssen), die nicht ihrer Ausbildung und/oder ihrem Interesse entspricht. All dies beeinflusst die Erwerbsbiografie der Betroffenen langfristig, da sie zu wenig oder nicht ihrer Ausbildung entsprechende Berufserfahrungen sammeln können und sich ihr berufliches Wissen deshalb mit der Zeit entwertet (SAKE/Schweri 2020). Dies erhöht die Wahrscheinlichkeit zukünftiger dauerhafter Unterbeschäftigung und unterdurchschnittlicher Löhne. Die genannten Faktoren schaden zudem der psychischen Gesundheit der Betroffenen (Tamesberger 2014, 134f.). Letztere ist bei jungen Migrant*innen, die neben den materiellen Zukunftsängsten auch noch einen ungesicherten Aufenthaltsstatus haben, besonders gefährdet.

Die mit dem Lehrabschluss einhergehende Zäsur im Berufsleben ist wesentlicher Treiber der Jugendarbeitslosigkeit. Zur Situation der Lehrabgänger*innen, die 2020 ihre Lehre abgeschlossen haben, schrieb das SECO im September 2020 zwar, dass sich «hinsichtlich der Integration auf dem Arbeitsmarkt die Zahl arbeitsloser Lehrabgänger*innen ähnlich entwickelt habe wie in den Vorjahren» (SECO 2020d). Mehrere Faktoren lassen aber darauf schliessen, dass sich die Situation für Lehrabgänger*innen schwieriger gestaltet als vor der Pandemie: Erstens melden sich viele jugendliche Arbeitslose gar nicht erst bei den regionalen Arbeitsvermittlungszentren und tauchen somit nicht in den SECO-Zahlen auf. Zweitens haben sich im Sommer 2020 viel mehr Personen für eine weiterführende Schule im Anschluss an die

Lehrabschlussprüfung (LAP) angemeldet als in den Vorjahren (Schneebeli 2020). Drittens zeigt eine Studie der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (ETH), dass sieben Prozent aller Berufseinsteiger*innen aufgrund von Covid-19 keine Festanstellung in ihrem Ausbildungsbetrieb bekommen haben, obwohl die Betriebe ihre Lehrabgänger*innen in Nicht-Krisenzeiten behalten hätten (Bolli u. a. 2020a). Vor allem die Lehrabgänger*innen in speziell von Covid-19 gebeutelten Branchen hatten Schwierigkeiten, eine Festanstellung zu finden. Die einzige uns bekannte nationale Massnahme für Berufseinsteiger*innen war der Beschluss des SECO im Juni 2020 (Berufsbildung 2030), dass Unternehmen, die sich zu diesem Zeitpunkt in Kurzarbeit befanden, ihren Lehrabgänger*innen eine Festanstellung anbieten durften (aber nicht mussten). Von Seiten der Taskforce Perspektive Berufslehre wurde Lehrabgänger*innen ohne Anschlusslösung lediglich empfohlen, dass sie Angebote im Bereich der Berufs- und Laufbahnberatung in Anspruch nehmen sollten (SBFI 2020c). Diese Angebote greifen jedoch normalerweise besser bei Schüler*innen, die über die nötigen finanziellen Mittel und über die schulischen Voraussetzungen verfügen, um eine weiterführende Schule zu besuchen. Schwierig gestaltet es sich wiederum für Personen, die auch in Nicht-Krisenzeiten auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert werden. Der Bund setzt also auch bei der problematischen Situation der Lehrabgänger*innen auf Eigenverantwortung und damit auf neoliberale Lösungsansätze. Die Betriebe, die «Angebotsseite», werden hingegen geschont.

Ein weiterer Übergang, bei dem Jugendliche im Schweizer Bildungssystem arbeitslos werden können, ist derjenige von der Sekundarstufe I zur Lehre. In der Covid-19-Krise konnten zwar, dank der positiven Wirtschaftslage im Sommer 2020, der ausserordentlich verlängerten Lehrstellen-Rekrutierungsphase bis Oktober und weiterer flankierender Massnahmen verschiedener Westschweizer Kantone, ungefähr gleich viele Lehrstellen wie im Vorjahr besetzt werden. Es muss aber davon ausgegangen werden, dass nicht alle Lehrstellensuchenden im Sommer 2020 die von ihnen gewünschte Anschlusslösung gefunden haben, sondern eine Zwischenlösung wie zum Beispiel das zehnte Schuljahr, oder dass sie eine Lehre ihrer zweiten, dritten, oder vierten Wahl begannen (Achermann 2020). Unternehmen bieten zudem nicht aus selbstlosen Gründen Lehrstellen an, denn die Ausbildung von Lernenden ist für sie in den allermeisten Fällen rentabel (Gehret u. a. 2019, 5). Deshalb liegt es in einer Krise nahe, nicht bei den Lehrstellen, sondern bei den Festangestellten zu sparen. Zweifel, wie langfristig die im Herbst 2020 eingetretene Beruhigung des Lehrstellenmarktes andauert, sind zudem weit verbreitet, denn es ist unklar, wie viele Lehrstellen 2021 tatsächlich angebo-

ten und besetzt werden können (Bolli u. a. 2020b). Von Schüler*innen, die im Sommer 2021 ihre schulische Grundbildung abschliessen werden, hören wir als Gewerkschaft vermehrt, es sei schwierig, eine geeignete Schnupperlehre zu finden. In einem Betrieb zu schnuppern, ermöglicht aber vor allem angehenden Lernenden mit weniger guten Schulnoten oder ohne perfekte Bewerbungsmappen, ihre Persönlichkeit, ihr Interesse und ihr Geschick zu zeigen. Dies ist vor allem für diejenigen Jugendlichen wichtig, die in ihrem Umfeld weder durch Beziehungen noch durch ein entsprechendes Know-how über den Schweizer Arbeitsmarkt an eine Lehrstelle herangeführt werden können. Fehlt diese Möglichkeit, erschwert sich die Lehrstellensuche – besonders für diejenigen Jugendlichen, die nicht perfekt ins Schema passen und auch ohne Pandemie einen langen Atem bei der Suche einer Lehrstelle gebraucht hätten (Achermann 2020).

Weniger diskriminierend und stärker inklusiv!

Der neoliberale Kontext unseres Berufsbildungssystems in Verbindung mit den digitalisierungsbedingten strukturellen Veränderungen und der Covid-19-Krise erschwert Jugendlichen und jungen Erwachsenen den Einstieg ins Berufsleben enorm. Die neoliberale Antwort auf diese Herausforderungen ist simpel: Jede*r muss sich weiterbilden. Aber wie können wir als Gesellschaft sicherstellen, dass allen Personen der Zugang zu Berufs- und Weiterbildungen gewährt wird, beziehungsweise wie können wir unser Bildungssystem so umwandeln, dass es weniger diskriminierend und stärker inklusiv ist? Es braucht kurzfristige Massnahmen, welche die durch die Covid-19-Krise besonders erschwerte Situation flankieren: Lehrstellen für 2021 sichern, Stipendien für weiterführende Schulen ausbauen und die finanzielle und praktische Unterstützung von jungen Stellensuchenden ausweiten. Dann braucht es dringend ein nationales Monitoring der Lehrbedingungen. Der Staat muss sicherstellen, dass die Berufsbildung ein sicherer, attraktiver und bereichernder Weg für Jugendliche und Erwachsene ist. Den Autorinnen ist bewusst, dass diese Forderungen die Neoliberalisierung des Berufsbildungssystems nicht aufhalten werden. Deshalb braucht es auch eine langfristige Perspektive, die folgende Fragen beantworten soll: Inwiefern muss das Berufsbildungssystem ausgebaut werden, damit das System inklusiver wird und allen Menschen die Möglichkeit zu Selbstverwirklichung und zu finanzieller Sicherheit bietet? Wie kann das Weiterbildungssystem sicherstellen, dass auch Personen mit wenig finanziellen Mitteln, atypischen Arbeitsverhältnissen und Betreuungspflichten profitieren können?

Und wie kann überhaupt gesichert werden, dass die Bedürfnisse und Forderungen von Lernenden und jungen Arbeitnehmer*innen berücksichtigt werden, wenn Gewerkschaften und Arbeitnehmer*innenorganisationen Probleme bei der Akquise von jungen Mitgliedern haben? Und wie kann diese Tendenz überwunden werden? Wenn diese Fragen Hunderten Bildungsspezialist*innen, Gewerkschafter*innen und allen voran Jugendlichen und jungen Erwachsenen gestellt würden, erhielten wir Hunderte verschiedene Antworten. Es bleibt jedoch zentral, sie zu diskutieren, den neoliberalen Weg infrage zu stellen und den Diskurs über die Zukunft unseres Bildungssystems zu führen. Dafür muss das Thema der Bildungspolitik auf allen politischen Ebenen dringend zuoberst stehen. Und die Jugendlichen und jungen Erwachsenen müssen in diesen politischen Prozess einbezogen werden. Nur so können dringend benötigte Lösungen gefunden werden.

Anmerkungen

1 Siehe dazu auch den Beitrag von Castelli/Wyder auf S. 91 ff. in diesem Band.

Literatur

Achermann, Barbara, 2020: «Jobmässig war es verschwendete Zeit». In: Die Zeit Schweiz, Nr. 50

Amstat, 2020a: Jugendarbeitslosigkeit nach Nationalität. Dezember 2020 (online, Abruf 15.12.2020)

Amstat, 2020b: Jugendarbeitslosigkeit nach Nationalität. März 2020 (online, Abruf 15.12.2020)

Becker, Rolf / Schoch, Jürg, 2018: Soziale Selektivität. Empfehlungen des Schweizerischen Wissenschaftsrates SWR (online, Abruf 16.12.2020)

Berufsbildung 2030, 2020: Fragen und Antworten zur Kurzarbeit für Lernende (online, Abruf 15.12.2020)

Bildung Detailhandel Schweiz (BDS), 2017: Principaux messages du Workshop I. L'avenir des métiers du commerce de détail, Journée FCS, 13 juin 2017

Bolli, Thomas u. a., 2020a: Ergebnisse LehrstellenPuls September 2020 (online, Abruf 15.12.2020)

Bolli, Thomas u. a., 2020b: Ergebnisse LehrstellenPuls November 2020 (online, Abruf 16.12.2020)

Brown, Wendy, 2015: Undoing the Demos. Neoliberalism Stealth Revolution, New York

Econcept / Link Institut, 2016: Evaluation EBA II. Evaluation der Arbeitsmarktsituation und Weiterbildungsperspektive von Absolventen und Absolventinnen mit eidgenössischem Berufsattest (EBA), Bern

Gehret, Alexander u. a., 2019: Lohnt sich die Lehrlingsausbildung für die Betriebe? Resultate der vierten Kosten-Nutzen-Erhebung (online, Abruf 15.12.2020)

Kriesi, Irene / Schweri, Jürg, 2020: Berufseinstieg in der Rezession. Erkenntnisse aus der Forschung (online, Abruf 15.12.2020)

Maihofer, Andrea / Schwiter, Karin / Wehner, Nina, 2012: Subtile Mechanismen beeinflussen die Berufswahl. In: Panorama, Ausgabe 5, 22–23

Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE), 2020: Erwerbslosenquote gemäss ILO nach Geschlecht, Nationalität und anderen Merkmalen (online, Abruf 2.12.2020)

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI), 2020a: Lehrstellen (online, Abruf 9.2.2021)

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI), 2020b: Berufsbildung in der Schweiz, Fakten und Zahlen 2020 (online, Abruf 9.2.2021)

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI), 2020c: Stabilisierung bei der Lehrstellenvergabe 2020 (online, Abruf 15.12.2020)

Schneebeli, Daniel, 2020: Zürcher Ansturm auf die Berufsmatur (online, Abruf 15.12.2020)

Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), 2020a: Die Lage auf dem Arbeitsmarkt im März 2020 (online, Abruf 15.12.2020)

Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), 2020c: Die Lage auf dem Arbeitsmarkt im Dezember 2020 (online, Abruf 15.12.2020)

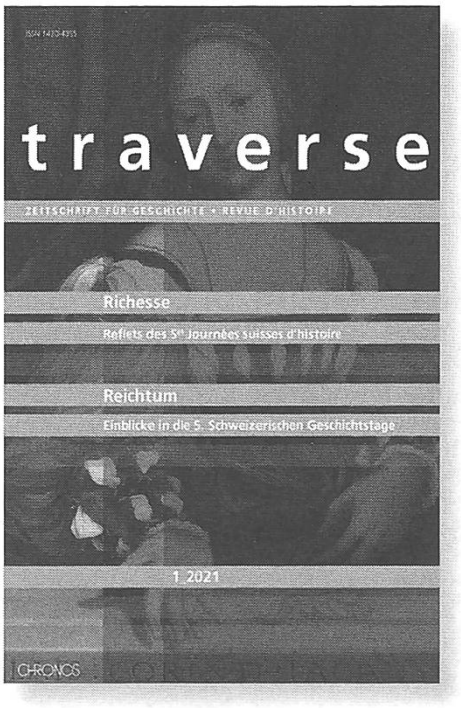
Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), 2020d: Lehrstellenvergabe grösstenteils abgeschlossen (online, Abruf 15.12.2020)

Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF), 2014: Bildungsbericht Schweiz 2014 (online, Abruf 16.12.2020)

Tamesberger, Dennis, 2014: Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Eine Beschreibung des Problemausmasses und der Folgen (online, Abruf 15.12.2020)

Travelnews, 2020: Weniger als die Hälfte der Lehrabgänger konnte bleiben (online, Abruf 15.12.2020)

Unia, 2019: Sexuelle Belästigung und Mobbing in der Lehre (online, Abruf 16.12.2020)



Reichtum
Einblicke in die 5. Schweizerischen Geschichtstage

Das Themenheft versammelt Artikel, die das Konzept Reichtum als Ressource, Arbeit, Macht oder Wissen untersuchen und für die an den Geschichtstagen vertretenen Regionen, Epochen und Themenfelder stehen. In der Auswahl zeigen sich die Qualität und die Diversität der geschichtswissenschaftlichen Forschung in der Schweiz.

2021/1. Br. 200 S., 26 Abb. sw. CHF 28

traverse erscheint dreimal jährlich.
Abo CHF 75, für Studierende CHF 54.

www.chronos-verlag.ch

CHRONOS